

Eübener Volksbote

Organ für die Interessen der wertfälligen Bevölkerung

Der „Eübener Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 4.50, monatlich 1.50 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die nebenebenstehende Poststelle oder deren Raum 70 Hg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 60 Hg., auswärtige Anzeigen 70 Hg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 246.

Dienstag, den 21. Oktober 1919.

26. Jahrg.

Die tragische Tatsache.

Den meisten Menschen ist noch immer nicht recht zum Bewußtsein gekommen, daß wir den Krieg verloren haben. Neunundneunzig Hundertstel der Borwürfe, welche die „Unabhängigen“ und die Deutschnationalen gegen die Regierung erheben, sind einfach deswegen lächerlich, weil unter dem uns durch die Niederlage aufgezwungenen Frieden kein Mensch es anders machen könnte. Aber die Zeitungen und Parteimagazine der Opposition rechnen damit, daß Leser und Hörer sich nicht in jedem Augenblick des ganzen deutschen Elends bewußt sind. Gelegentlich kommt es dann vor, daß jemand in brutaler Deutlichkeit an unsere wahre Lage erinnert, und dann wird es leichtenfalls.

Im Haushaltsauschuß der preussischen Landesversammlung hat man dieser Tage in vier Sitzungen eine allgemeine Kulturdebatte beim Gehalt des Ministers geführt. Eine Fülle ausgezeichnete Reden sind gehalten worden, eine Menge praktischer Anregungen wurden wirksam vorgebracht: Volkshochschulen, Ausbau des Turnunterrichts, des Wanderns und der Wanderherbergen, neue Lehrstühle an den Universitäten für Staatsbürgerkunde, Politik, Gewerkschaften und Genossenschaften, neue Lehrerbildungsanstalten, erbliche Gleichstellung der Lehrer mit den Regierungssekretären und noch tausend andere vernünftige und dringende Vorschläge wurden gemacht und gründlich besprochen; die meisten davon fanden die einstimmige Billigung aller Parteien.

Da betrat auf einmal der Finanzminister den Sitzungssaal und ergriff das Wort: Im Jahre 1918 hat Preußen 2,3 Milliarden, im Jahre 1919 hat es 6 Milliarden baren Fehlbetrag. Der Kredit des Staates ist bereits aufs äußerste angepannt, die Schuldenwirtschaft kann nicht mehr weitergehen. Die Steuerhoheit hat das Reich genommen, und vielleicht schon morgen wird der Friede ratifiziert und dann hat die Entente den ersten Anspruch auf alle unsere Steuerquellen und Steuereinnahmen. Sollen wir die Zahlungen aus dem Friedensvertrag halbwegs leisten, dann bleibt für die Schulen überhaupt nichts übrig, das deutsche Volk fällt völliger Unkultur und Verblödung anheim. Der Friedensvertrag bedeutet für alle Deutschen, sobald seine Ausführung beginnt, daß sie sich nicht mehr sattessen und ihre Kinder nicht mehr erziehen können.

Was Südekum sagte, war gar nichts Neues. Eigentlich weiß es jedermann schon längst. Und doch lebt das ganze Volk noch in dem süßen Taumel, es werde so wie jetzt, ins Unabsehbare weitergehen: teure Preise, Bücher und Schiebererei, allerlei Demütigungen durch die Feinde — „wir sind die Herren“ und „dieser Friede ist die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln“, sagt Clemenceau — aber trotz alledem schließlich die Möglichkeit zu leben, wenn auch unter Verzicht auf manche früheren Ansprüche. Das deutsche Volk wird nicht eher begreifen, was die Niederlage und der Friede von Versailles bedeuten, als bis ihm nach Ratifizierung des Vertrages die Feinde die Schlinge um den Hals legen und sie zuziehen beginnen. Aber das wird nicht mehr lange dauern. Und noch vor den nächsten Wahlen wird der verheerendste „Unabhängige“ wissen, warum die Sozialdemokraten „Sozialpartioten“ gewesen sind und eine so entsetzliche Angst vor der Niederlage gehabt haben.

Unsere ganze Schulreform, unsere ganze Sozialreform und alles, was wir sonst noch ersehnen, können wir im Augenblick ruhig einpacken und einpöckeln. Sobald die Zahlungen beginnen müssen, wird jeder Pfennig aus den deutschen Kassen herausgeholt. Sobald der Friede ratifiziert ist, bestimmt ein Entente-Kommissar, ob Geld zu Volkshochschulen und Wanderfahrten verwendet werden darf oder nicht. Der sogenannte Friede ist nichts weiter als die sogenannte Paragrafenphrasologie der Deutschen. Müßte man fürchten, daß er ewig ist, lohnte es wahrhaftig nicht mehr, zu leben. Nur die Hoffnung, in einigen Jahren die drückendsten Ketten des Versailles-Vertrages doch abstreifen zu können, kann uns aufrecht erhalten.

Mit Gewalt, mit einem neuen Kriege ist das nicht zu machen. Wir müssen versuchen, wenigstens zunächst den Friedensvertrag zu erfüllen, und wenn wir die Feinde von unserer Ehrlichkeit überzeugt haben, mit neuer Bitte vor den Völkerverbund zu treten und ihn anzusehen, daß er das deutsche Volk leben und atmen lasse.

Als am 11. November v. Js. der Waffenstillstand unterzeichnet wurde, glaubten die Narven, wir seien über den

Berg. Schlimme Notzeiten folgten, in manchem schlimmer als die Kriegsjahre. Endlich wurde der Friede geschlossen, der heißersehnte, so sehntlich herbeigewünschte Friede. Nun wenigstens mußte es doch besser werden. Ach nein, das weitestaus Schlimmste steht uns noch bevor. Das deutsche Volk wird noch unendlich viel Kraft und Vernunft aufbringen müssen, um nicht, nachdem es den Krieg als Nation überdauert hat, am Frieden zugrunde zu gehen. Die tragische Tatsache unserer Niederlage ist noch längst nicht allgemein begriffen, geschweige denn, daß sie in ihren Folgen erschöpft wird.

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, den 20. Oktober 1919.

103. Sitzung.

Am Regierungstisch: Schlieke und Müller.
Das Haus ist sehr schwach besetzt. Anwesend sind etwa 30 Abgeordnete.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Min. Die zweite Lesung des Etats des

Reichsarbeitsministeriums

wird fortgesetzt.

Abg. Winnefeld (D. Sp.): Wir sind bereit, dem Reichsarbeitsamt die Mittel zu bewilligen, die zum Wiederaufbau Deutschlands erforderlich sind. Von einem grundsätzlichen Widerstand der Rechten gegen das Betriebsrätegesetz ist keine Rede. Notwendig ist aber eine gewissenhafte Prüfung aller Einzelheiten. Der Übergang auf allen Wirtschaftsgebieten macht die schnelle Zentralisierung des Arbeitsnachweises notwendig. Ein Antrag der Deutschen Volkspartei, einen Ausschuss aus sich einzusetzen, wird auf Vorschlag des Präsidenten dahin erledigt, daß die Wahlfragen dem Wirtschaftsausschuß überwiesen werden. Der Ausschlagsantrag, die Regierung zu ersuchen, als vorrangige Räte auch Frauen zu berufen, wird angenommen.

Bei den Ausgaben für das Heeres- und Marine-Lazarett und Versorgungswesen sind in Ergänzung zu diesem Haushalt 270 Millionen Mark ausgeworfen.

Abg. Boß (US.): Die Kriegsbeschädigten werden mit Schreden dem Winter entgegengehen. Die Unterstützungen reichen nicht aus. Das in Vorbereitung befindliche Kriegsbeschädigtengesetz darf nicht lange auf sich warten lassen. Wir verlangen eine andere Klassifizierung der Militärenten. Bis zu dem Erlaß dieses Gesetzes muß sofort eine wesentliche Erhöhung der Rente und der Hinterbliebenenbezüge stattfinden.

Reichsarbeitsminister Schlieke: Ich behauere, daß das Versorgungsgesetz noch nicht weiter ist; die weitestgehende Materie ist mir erst im Laufe des Sommers übergeben worden. Es wird ein einheitliches Gesetz für Offiziere und Mannschaften werden.

Abg. Schneider-Sachsen (Dem.): Es wird im Ausschuß von allen Seiten eifrig daran gearbeitet, das Betriebsrätegesetz so schnell wie möglich an die Nationalversammlung zu bringen. Die Wirkung eines Gesetzes von solcher Tragweite auf das Wirtschaftsleben kann niemand beurteilen, also ist auch kein Heh-tempo angebracht. Ein ordnungsmäßiges Schlichtungswesen bedeutet auch nach unserer Ansicht einen Fortschritt. Gegen die Anwendung gleicher Grundätze bei der Arbeiter- und Angestelltenversicherung haben wir nichts. Eine Verschmelzung würde den lebhaftesten Widerspruch der Angestellten herausfordern, denn sie wären nur durchführbar durch eine gleichzeitige Verschlechterung der Stellung der Angestellten, die weit mehr Beiträge aufbringen, als die Arbeiter.

Reichsarbeitsminister Schlieke: Zur Vorbereitung und Vorbereitung des Betriebsrätegesetzes haben alle Gewerkschaften aller Richtungen und auch die Angestelltenverbände Einladungen bekommen; politische Parteien sind weder von rechts noch von links herangezogen worden.

Abg. Hock (SD.): Als Beitrag für den Verband deutscher Arbeitsnachweise sind 50 000 Mark ausgeworfen, daneben als einmalige Ausgabe zur Förderung des Arbeitsnachweises 600 000 Mark. Die Sozialdemokraten beantragen die Erhöhung dieser Summe auf 1 600 000 Mark.

Abg. Zubeil (US.): Unter dem Namen Wirtschaftsausschuß, Verband gemeinnütziger Arbeitsgenossenschaften, ist ein neues Gebilde entstanden, gegen das sich schon eine Reihe von Arbeitsnachweisen ausgesprochen hat. Wir wissen nicht, ob an diese Gesellschaft etwa die mehr geforderte Million fließen soll. Nach einem Rundschreiben des Reichsministers soll durch diese Gründung eine gute Lebensstellung verschafft werden. Deshalb können wir diese Million nicht bewilligen.

Reichsarbeitsminister Schlieke: Ich will nur die bestehenden Einrichtungen des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise ausbauen, um sie später dem allgemeinen Netz der Arbeitsnachweise, das sich über ganz Deutschland erstreckt, anzugliedern.

Der Antrag der Sozialdemokraten auf Erhöhung der Summe zur Förderung des Arbeitsnachweises um eine Million auf 1 600 000 Mk. wird angenommen.

Zu den Ausgaben für das Schlichtungswesen führt Abg. Gleichauf (Dem.) u. a. aus: Bei der Durchführung des Betriebsrätegesetzes werde es an Schwierigkeiten aller Art nicht fehlen. Seine Partei werde die erforderlichen Mittel bewilligen, um alle Einrichtungen zu erhalten, die ein Vertrauensverhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiter sichern.

Frau Abg. Behm (Dnt.): Wir freuen uns, daß in den Betriebsräten auch die Heimarbeiter vertreten sein sollen. Die Frau gehört ins Haus und nicht in die Fabrik. Die Löhne der Heimarbeiter müssen mit den Fabrikloöhnen ausgeglichen werden.

Abg. Simon (Unabh.): Der Arbeiter muß soviel verdienen, daß eine Heimarbeiterin für ihn ungenützlich wird. Die Arbeiter verdienen gern auf die Erwerbslosenunterstützung, wenn sie nur entsprechend bezahlte Arbeit erhalten.

Zu den einmaligen Ausgaben und zu der Forderung von 250 000 Mk. für die Schaffung eines Arbeitsgelehrbüchses erklärt

Abg. Hermann-Neutlingen (Dem.), der jegliche Ausbau der Handarbeit nicht der heutigen Entwicklung. Beim Ausbau des Handwerksrechts muß auf eine größere Selbständigkeit Bedacht genommen werden.

Im außerordentlichen Haushalt stehen an einmaligen Ausgaben 400 Millionen Mark für die allgemeine Erwerbslosenfürsorge.

30 Millionen für die soziale Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenversicherung und 100 Millionen für Beihilfe an notleidende Kriegsbeschädigte sind ausgeworfen.

Abg. Meier (Soz.): Die wiederholt in Aussicht gestellte einmalige Beihilfe für Kriegsbeschädigte und Kriegswitwen muß schleunigst zur Anwendung gelangen.

Die sämtlichen einmaligen Ausgaben und Einnahmen des Reichsarbeitsministeriums werden bewilligt.

Es folgt der Haushalt des

Reichshauptministeriums.

Den Bericht des Haushaltsauschusses erstattet

Abg. Stücken (Soz.): Die ganze Verwaltung des Heeres und der Marine ist auf das Schatzministerium übernommen worden. Den angeordneten zweiten Unterstaatssekretär hat der Ausschuß einstimmig bewilligt, da der Aufgabenkreis im Ministerium, zu dem auch die Provinzialverwaltungen (Landesfinanzämter), die Reichsvermögensämter, die Reichsvermögensverwaltung in den besetzten rheinischen Gebieten gehören, diese Verfassung in der Zentralinstanz erforderlich macht. Die Kosten für die von den Militärs in Berlin zu etablierenden Heeres- und Marine-Kommissionen muß Deutschland tragen. Die erforderlichen Summen sind ungemein hoch. In Berlin werden sich demnach als Mitglieder dieser Kommission 500 Offiziere, 750 Unteroffiziere und Mannschaften und 200 Automobile befinden. Wehrliche Kommissionen gehen auch nach München, Stuttgart, Dresden usw. Die Unterbringung hat große Kopfschmerzen gemacht. Das Reich muß auch für die Reisefakten der Kommission aufkommen. Die Kopfschmerzen der Besatzungsarmee ist höher als angenommen. Die Aufwendungen für die Besatzungsarmee werden eine Milliarde, der Gesamtaufwand etwa 2 1/2 Milliarden betragen.

Auf Vorschlag des Präsidenten wird die Beratung des Berichts des volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Militärverhältnisse mit dem Haushalt des Schatzministers verbunden.

Um 1/2 6 Uhr vertagt sich die Weiterberatung dieses Haushalts auf Dienstag 1 Uhr.

Der Kampf um Petersburg.

Nach einem Junkspruch des „Wiener Korrespondenzbüros“ aus Moskau vom 20. Oktober 5 Uhr morgens sind entgegen den ausfälligen Meldungen Kronstadt und Petersburg jetzt in den Händen der Sowjettruppen. Auch in sozialistischen Kreisen Stockholms eingetroffene Privatmeldungen aus Finnland deuten auf ausdrückliche den Fall von Kronstadt. Nach derselben Quelle soll sogar die Offensive von Judentisch zum Stehen gebracht worden sein. Judentisch selbst muß es sogar zugeben. Die in Berlin erscheinende russische Zeitung „Prisw“ hat folgenden Bericht von der Front des General Judentisch vom 20. Oktober erhalten: „Auf der linken Flanke unserer Truppen sind hartnäckige Kämpfe entbrannt. Nach der Einnahme von Strelna trafen wir auf harten Widerstand. Wir gingen zum Gegenangriff über und besetzten Ligowo. In weiterem Vordringen stießen wir bis nach Kulpino vor und mit unseren Vortruppen bis an den Rand von Petersburg. Von überlegenen bolschewistischen Kräften wurden wir aber bis zur Station Ligowo und weiter bis Gatschina zurückgedrängt. Delfisch Luga setzten wir den Angriff fort. Der Gegner setzte starke Reserven ein und scheint entschlossen, vorzweifelnden Widerstand zu leisten, was ihm stellenweise gelingt. Bei Pleskau ist unsere Offensive aufgehalten.“

General Denikin schlug, wie Reuter amtlich meldet, die Bolschewisten am 18. Oktober bei Jarizyn. Die Kojalen überschritten den Don und machten 1200 Gefangene. Weiter nordwestlich nahmen sie Kalatsch und Pawlowsk und machten 2150 Gefangene.

Die Letzten wollen keinen Waffenstillstand.

Das lettische Oberkommando hat das Waffenstillstandsangebot Kvalows abgelehnt.

Die Kommission für das Baltikum.

Lit. Basel, 20. Oktober. Die „Times“ meldet aus Paris, daß die Alliiertenkommission zur Prüfung der baltischen Frage Ende der Woche abreisen wird. Bevor sie Bericht erstattet hat, werden keine neue Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland getroffen werden.

Die Wirkung der Ostseeblockade.

Die neue Sperrung der Ostsee für deutsche Schiffe, welche die Entente als „Strafmaßnahme“ gegen die deutsche Regierung für den angeblichen Angriff deutscher Truppen im Baltikum auf Riga verfügt hat, macht sich in ihrer Wirkung immer unangenehmer bemerkbar. In der Kieler Förde liegen 48 Dampfer auf. Der Verkehr im Nord-Ostsee-Kanal hat stark nachgelassen. Es sind vorwiegend nur noch skandinavische Schiffe, die den Kanal benutzen, während die deutsche Schifffahrt fast ganz eingestellt ist. Der Binnenschiffsverkehr nach Kiel nach der Elbe und Weser ist völlig unterbrochen. Aus Swinemünde wird gemeldet, das ausländische Schiffe nach wie vor ungehindert die Ostsee passieren, daß aber im übrigen der Hafenverkehr ruht. Sonntag traf ein norwegischer Dampfer

aus England kommend, mit Heringen für Deutschland ein. Neuerdings wurden auch französische Zerstörer in den Gewässern vor Swinemünde gesichtet.

Der Streik gegen belgische Wälder im linksrheinischen Gebiet.

Nach Meldungen aus Duisburg hat sich der Streik in der vierten Zone des linken Rheinufers über die Städte Krefeld und Verdingen ausgebreitet. Es wurde eine Kommission gebildet, in der die Beamten und Arbeiter der streikenden Werke sowie die Bürger vertreten sind, die den Streik übermachten. Der Verkehr über die Rheinbrücken wurde wieder gesperrt. Die Lebensmittelgeschäfte verkaufen nur 2 Stunden am Tage. Die Abordnung der Streikenden, die bei der interalliierten Kommission in Köln vorstellig geworden ist, wurde von dort an die Wälderkommission in Düsseldorf geleitet, zu der sie sich am Sonntag begeben hat.

Ein englisches Geschwader in Kopenhagen.

21. Stockholm, 20. Oktober. Nach einer Kopenhagener Meldung ist ein großes englisches Geschwader, das zur Verstärkung der in der finnischen Bucht operierenden Flotte unterwegs ist, in Kopenhagen eingelaufen.

Das perfide Albion.

Der englische Kommandierende der Seestreitkräfte vor Riga hat, wie der „Hamb. Corr.“ erzählt, am 18. Oktober drei Parlamentäre zu der wehrlosen Armee geschickt mit einem Brief unter folgender Aufschrift: „An den General Vermandt, Befehlshaber der deutschen Truppen.“ Diese Parlamentäre sind zurückgekehrt worden mit dem Befehl, daß es weder einen General Vermandt, noch einen Befehlshaber deutscher Truppen gebe.

Ein Bombenattentat in Kiew.

Nach einer Meldung, die aus Warschau in Prag eingetroffen ist, wurde in Kiew auf den Generalgouverneur Bredow während einer Wagenfahrt ein Bombenattentat verübt. Er wurde schwer verletzt.

Kriegszustand über Fiume.

Annunzio verhängte über Fiume den Kriegszustand und bedroht Spione sowie jedermann, der feindliche Stimmung gegen die Sache Fiumes hegt, mit Todesstrafe. „Secolo“ macht auf den Ernst des Erfolges aufmerksam. Nach diesem Erfolg könnten beispielsweise alle 11 Millionen Bewohner ohne Prozeß erschossen werden.

Die feinfühligsten Schwarzen.

Das französische Kommando in Syerger macht bekannt, daß die Bezeichnung Neger oder Schwarzer von den schwarzen Belegschaften als schwere Beleidigung empfunden werde. Die Bevölkerung wird ersucht, dies im Interesse der Vermeidung von Zwischenfällen zu beachten und diese Ausdrücke keinesfalls zu gebrauchen, insbesondere die Jugend entsprechend anzuwenden.

Man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß erst die Franzosen selbst ihre Segensworte und Kongoneger darauf gebracht haben, sich durch die Bezeichnung Neger und Schwarze, die durchaus nichts Beleidigendes an sich hat, getroffen zu fühlen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die „Tribüne“.

Als der unabhängige Abgeordnete Eichhorn am Sonnabend vor einem völlig leeren Haus reden mußte, weil mit Ausnahme von 6 „Unabhängigen“ alle Abgeordneten demontierten in den Saal verlassen hatten, da glaubte er seinen Vorgesetzten an der Tribüne des Reichstags anzusehen zu müssen. Was war vorgefallen? Unter den Zuhörern hatte das Auftreten Eichhorns und die Entleerung des Saales naturgemäß Aufsehen verursacht, und darüber waren ein paar lebhaftes Gespräche entstanden, die aber keineswegs Herrn Eichhorn hätten zu Hören bringen sollen. Aber Eichhorn spielte den Enttäuschten und beschwerte sich beim Präsidenten, daß dieser die Tribüne nicht genügend zur Reife bewies.

Siehe da! Möglich sind die „Unabhängigen“ gegen Äußerungen der Tribüne empfindlich geworden. Aber wie treiben sie es selber? Seit Wochen und Monaten halten ihre Anhänger im Berliner Stadtparlament die Tribüne besetzt und terrorisieren von dort aus die ganze Versammlung. Redner, die der U. S. V. unangenehme Wahrheiten sagen, sind von der Tribüne aus niedergedrückt und maßlos beschimpft worden, jedoch die Verhandlungen mitunter ausgeführt und abgebrochen werden mußten, weil ein Verhandeln überhaupt nicht mehr möglich war. In Reutlingen und anderen großen Bezirken ist es ebenso zugegangen. Die Tribüne hat bei den Reichstagen ein fast terrorisiert. Gegen diesen Anflug haben sich die „Unabhängigen“ im Interesse der „Reinungsfreiheit“ der Rednertribüne zum Vorschlag geäußert. Sie haben jetzt schon ihren Lohn dahin. Denn ihr Vorschlag hat nachher durch die Deutschnationale Radikalen verschiedenen Kalkülen erfahren. Jetzt beschwerten sich die „Unabhängigen“ über einen Anflug, den sie selbst als große Ungerechtigkeit haben.

Der Untersuchungsausschuß.

Der erste Untersuchungsausschuß des parlamentarischen Untersuchungsausschusses der Nationalversammlung, der die Friedensmöglichkeiten behandelt, hielt Montag nachmittag seine interne Besprechung ab. Heute, Dienstag vormittag soll in öffentlicher Sitzung nach einem einleitenden Referat des Abgeordneten Dr. Schlagheimers zunächst der frühere Volkshäufiger in Washington, Graf Bernhart, vernommen werden. Der Untersuchungsausschuß des parlamentarischen Untersuchungsausschusses über die Schuld am Kriege hörte Karl Kautskys als Sachverständigen über seine Vorschläge zur Beweiserhebung über die unmittelbare Vorgeschichte des Krieges. In dreistündiger eingehender Verhandlung wurden die Fragen festgestellt, die an die verantwortlichen Staatsmänner zu stellen sind. Sie betreffen Ereignisse vom Attentat in Sarajewo bis zur Kriegserklärung. In etwa vierzehn Tagen gedenkt der Ausschuß mit der Befragung der Auskunftspersonen zu beginnen.

Der Wiederaufbauamtlicher.

Oberrichter Dr. Geßler in Nürnberg hat sich entschlossen, den Posten des Leiters des Wiederaufbauamtes zu übernehmen. Dr. Geßler ist 44 Jahre alt und aus Lindert i. B. gebürtig. Er ist katholischer Konfession und kam 1914 als Oberrichter nach Nürnberg.

Eine neue Unterabteilung beim Reichsministerium des Innern.

Zur einheitlichen Durchführung der Reichsverfassung und der hiermit zusammenhängenden Geschäftsausgaben ist, wie die „N. N.“ erfahren, im Reichsministerium des Innern bei der ersten Unterabteilung „Staatsrecht“ gebildet worden. Dieser Gruppe sind u. a. folgende Angelegenheiten zugeteilt worden: Vollzug der Verfassung und Verfassungsänderungen, Reichstag und Reichsrat, Wahl des Reichstages und des Reichspräsidenten, Volksabstimmung, Volkswahlrecht und Volksbegehren, Staatsgerichtshof, Reichsverwaltungsgericht, Politisches Parteiwesen, Religions- und Kirchenfragen, Reichsflagge und Reichswappen.

Die Reichsschulkonferenz.

Die Vorbesprechung zur Reichsschulkonferenz nahm Montag vormittag im Reichsministerium des Innern ihren Anfang. Reichsminister Dr. Koch begrüßte die Konferenz und schilderte kurz ihre Aufgaben. Unterrichtsminister Schulz betonte die Notwendigkeit eines engeren Zusammenrückens zwischen dem Reich und den Ländern und erläuterte das Arbeitsprogramm. In der Nachmittags Sitzung wurde beschlossen, die Reichsschulkonferenz statufinden zu lassen, ferner einen Ausschuß zu bilden, der die Verbindung zwischen dem Reich und den Landesverwaltungen der Länder herstellt. Einstimmigkeit herrschte darüber, daß eine Reihe wichtiger Fragen schnellstens durch ein Reichs-Ratsschulgesetz zu regeln und von der Reichsschulkonferenz zu erledigen sei. Als ungefährer Zeitpunkt für die Konferenz wurde Ostern 1920 in Aussicht genommen. Einheitslich der Regierungsvorsteher soll die Zahl der Teilnehmer nicht mehr als etwa 400 betragen. Einheitslich herrschte darüber, daß eine Sicherung der im Ausland tätigen Lehrkräfte eine Frage sei, deren Regelung möglichst bald erfolgen müsse. Ferner soll die Neuordnung der Reichsschulbildung baldigt in die Wege geleitet werden.

Das Frauenwahlrecht.

Bei den Stadtwahlverordnetenwahlen in Köln haben für die Sozialdemokratie gestimmt: 47 000 Männer und 20 000 Frauen, für das Zentrum 34 000 Männer und 51 000 Frauen. Überall, wo man es bisher statistisch erfassen konnte, kommt das Frauenwahlrecht den reaktionären Parteien gewaltig zugute. Wenn die Rätewahlen, gerecht vorgenommen, ein anderes Ergebnis hatten, als die Parlamentswahlen, so nur deshalb, weil bei den Rätewahlen viel weniger Frauen mitwählten. Wir Sozialdemokraten aber haben nicht darum für das Frauenwahlrecht gekämpft, um es ein Jahr nach seiner Erringung wieder preiszugeben. Wir vertrauen nicht auf Wahlentrückung, sondern auf Aufklärung.

Kritischer Zustand Saafes.

Das Befinden des Abgeordneten Saafes hat sich Montag nachmittag in bedenklicher Weise verschlechtert. Er wurde apathisch und verlor zeitweise das Bewußtsein. Das Fieber stieg auf über 39 Grad. Die Blutergiftung ist in ein akutes Stadium getreten, sodaß die Ärzte große Besorgnis für sein Leben hegen.

Ankündigung zum Putz durch ein Freikorps!

Dem kommunistischen Internationalen Bund der Kriegsverwundeten in Berlin war ein Angebot gemacht worden, 400 Gewehre, 12 Maschinengewehre, 200 Pistolen und eine tüchtige Menge Munition zu kaufen. Die Kriminalpolizei stellte fest, daß die Lieferung von dem Rekrutendepot des Freikorps Hülse ausgehen sollte. 4 Personen wurden verhaftet.

Ein angekündigter Putz.

Seit einigen Tagen macht sich unter den Kommunisten und „Unabhängigen“ in Danzig eine starke Gärung bemerkbar. Sonntag mittag fand eine von ihnen einberufene Versammlung auf einem öffentlichen Platz der Stadt statt, an der gegen 3000 Personen teilnahmen. Bemerkenswert war nun nach der Meldung bürgerlicher Blätter, daß die Redner der Kommunisten für den 2. November einen angekündigten Putz offen ankündigten. Der 2. November soll in diesem Jahre ganze Arbeit machen. — Die Danziger Kommunisten scheinen recht sonderbare Heilige zu sein, daß sie ihre Karten vorzeitig aufdecken.

Kleine politische Nachrichten.

Im Haushaltsausschuß der Nationalversammlung betonte Montag Reichsminister Müller bei der Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes, daß bei der Besetzung des Auswärtigen Amtes die Posten nicht nach parteipolitischen Rücksichten behandelt werden können, sondern nach dem Grundsatz der sachlichen Eignung.

Sir William Selbry, der frühere Privatsekretär von Sir Edward Grey, ist zum britischen Geschäftsträger in Berlin ernannt und wird mit den anderen Mitgliedern der Delegation seinen Posten am Mittwoch antreten.

Der Kanonenschieber von Magdeburg, der angeklagte Leutnant Saetze, der mit drei seiner Genossen vor einigen Wochen eine Anzahl von Eisenbahnwagen mit Artillerie, Maschinengewehren und Waffen jeder Art sich erschwindelt hat, ist nebst seinen Mitläufern aus dem Militärgefängnis entlassen, nachdem er die Rache bestanden hatte. Der betreffende Wachhabende und ein Posten sind darauf ebenfalls freigesprochen.

Das Landespolizeiamt beim Preussischen Staatskommissar für Volksernährung hat große Fällungen mit Einfuhrzöllen erfaßt. Der 7jährige, jetzt künftige Kaufmann Walter Hohenstein spielte den Direktor einer internationalen Handelsgesellschaft und vermittelte als solcher Ein- und Ausfuhrbewilligungen des Reichseinfuhrkommissariats, die er von zwei Helferninnen fälligen ließ. Einer norwegischen Erbinverwalterin vermittelte er die Einfuhrerlaubnis für Sardinen im Werte von 15 Millionen Mark, wofür er eine Provision von drei Prozent erhielt.

Franz Dr. Kirschner, die Frau des letzten preussischen Regierungspräsidenten in Polen, hatte bei ihrer Anreise von dort einige Kisten ihres gefallenen Sahnes zum Andenken mitnehmen wollen. Das polnische Feldgericht hatte sie deswegen zu der ungeschworenen Strafe von 4 Jahren Gefängnis verurteilt. Auf Grund des deutsch-polnischen Vertrages ist sie jetzt freigelassen worden.

Dänemark.

Wineingeld bei Slagen.

Dem „Hamb. Fremdenblatt“ dröhrt man aus Kopenhagen: Der Dampfer „Couvance“ der Schwedischen Orientlinie ist bei Herings Flak, zwölf Meilen südlich von Slagen, Sonntag vormittag auf eine Mine gelaufen und gesunken. Drei Mann der Besatzung sind umgekommen. Von einem der beiden ausgehenden Rettungsboote fehlt noch jede Nachricht.

Frankreich.

Der Prozeß gegen die „Gazette des Ardennes“.

Das Kriegsgericht fällt über die Personen, die an der Redaktion und der Verwaltung der „Gazette des Ardennes“ teilgenommen haben, wegen Einverständnisses mit dem Feinde das Urteil. Es verurteilt die Leumanns Herwegh und

Leverne zum Tode, Masse und de la Fontaine zu siebenjähriger Zwangsarbeit, Mably, Dubois, Ferrilles und Lesfers sowie die Frauen Yvonne und Georgette Lesfers zu je vier Jahren Zwangsarbeit. Henry de Groschel wurde in contumaciam zum Tode verurteilt. Louis Boucher und Frau Sechtel wurden freigesprochen.

Mangin übernimmt den Vorsitz der Balkan-Kommission.

Nach dem „Intransigeant“ wurde General Mangin, der bis jetzt die Operationsarmee in Mainz befehligte, zum Mitglied der interalliierten Militärkommission für die Räumung des Balkans ernannt. Er wird den Vorsitz in der Kommission führen.

Schluß der Parlamente.

Kammer und Senat sind durch ein Dekret des Präsidenten geschlossen worden. In der letzten Sitzung beschloß die Kammer, als Tag der Beendigung des Kriegszustandes den Tag der Veröffentlichung des Ratifikationsaustausches anzusehen.

Flucht eines zum Tode verurteilten deutschen Offiziers.

Lt. Genß, 20. Oktober. Alle französischen Ueberwachungsstellen an der schweizerischen Grenze haben das Signalement und einen Arrestbefehl für einen deutschen Offizier namens Bruno Beyer, der aus einem Gefängnis in Grenoble entwichen ist. Beyer wurde wegen Verbrechen zum Tode verurteilt, die er in Frankreich während der deutschen Besetzung begangen hatte. Man glaubt, daß er sich gegen die französisch-schweizerische Grenze gewandt hat.

Italien.

Die italienischen Sozialisten und der Bolschewismus.

21. Mailand, 20. Oktober. Die „Agentur Italia Nuova“ berichtet: Der zum Studium des Bolschewismus nach Rußland durch Ungarn gereiste italienische sozialistische Abgeordnete Margari sei auf Grund seiner Erfahrungen zu einem entschiedenen Gegner des Bolschewismus geworden. Wenn er am Parteitag von Bologna hätte teilnehmen können, würde er energisch gegen den Eintritt der Partei in die dritte Internationale eingetreten sein.

Erhöhung der Eisenbahntarife.

Die Erhöhung der Personentarife auf den italienischen Staatsbahnen beträgt 15 Prozent für die erste und zweite und 25 Prozent für die dritte Klasse.

England.

Die Vasutos gratulieren.

Am Sonnabend ist in London der oberste Häuptling des Vasutolandes mit sechs anderen Häuptlingen der Eingeborenen in London eingetroffen, um dem König ihre Glückwünsche für den Sieg der Verbündeten zu überbringen. — Es fehlen nur noch die Botokuben.

Meuterei auf einem englischen Schoner.

Die „Times“ meldet aus Newport, daß 14 Matrosen der Besatzung des englischen Schoners „Onato“ nach Philadelphia gebracht worden sind, wo der englische Konsul gegen sie ein Verfahren wegen Meuterei einleiten wird. Die „Onato“, die in Newport landeingelegt war, wurde in 1000 Meilen Entfernung von diesem Hafen von dem amerikanischen Dampfschiff „Zirkel“ gesichtet. Der Kapitän des „Zirkel“ erklärt, daß, als er die „Onato“ sichtete, ein allgemeines Gefecht an Bord des Schoners im Gange war. Man hörte Pistolenschüsse, Mittschiffs des Schoners sah man deutlich einen Mann mit ausgebreiteten Armen an Bord liegen. In diesem Augenblick wurde die Sicht unklar. Eine Stunde später kam die „Onato“ jedoch von neuem vor den Bug des „Zirkel“, der, als die Bemannung des Schoners um Hilfe bat, ein Boot ausließ. 14 Matrosen wurden an Bord genommen. Sie erklärten, daß die „Onato“ ein Boot bekommen habe und in sinkendem Zustande sei. Sie stellten in Abrede, daß eine Meuterei stattgefunden habe. Nach ihrer Aussage war während des Sturmes ein Stapel nachgeworfener Salzfässer umgefallen, wodurch der Kapitän und der Steueremann erschlagen wurde, später seien sie ganz über Bord geworfen worden. Nach einigem Zögern erklärten die Matrosen, daß die Pistolen schüsse Signalschüsse gewesen seien.

Die Forderungen der englischen Seeleute.

Der „Telegraph“ meldet aus London, daß der Delegierte der britischen Regierung für die Arbeitskonferenz in Washington, George Barnes, eine Abordnung des Rates der Seeleute unter Havelock Wilson empfing. Sie besprachen Maßnahmen für eine internationale Konferenz. Auf Ersuchen Barnes' formulierten die Räte der Seeleute die Forderungen der Seeleute auf internationaler Grundlage, die 14 Punkte umfassen, darunter Mindestlohn, freie Kost an Bord auch während des Ladens, Festsetzung einer bestimmten Zahl von Arbeitsstunden auf See und in den Häfen, das Recht der Seeleute auf einen Teil ihres Verdienstes bei der Ankunft im fremden Hafen, im Falle von Schiffbruch Bezahlung des Lohnes bis zur Heimkehr des Seemannes, Entschädigung an die Hinterbliebenen bei Verlust des Lebens, Entschädigungen bei Unfall, bei Verlust von persönlichem Besitz, Reorganisation des drahtlosen telegraphischen Dienstes auf See, Bildung eines gemischten nationalen Seefahrtsrates und eines solchen internationalen Rates.

Erstwahl.

Bei der Erstwahl in Kucholm erhielt der Koalitionsunionist Thorpe 934, der Kandidat der Arbeiterpartei, Dunstan, 612, der Liberale Brinale 323 und der Kandidat der nationalen Partei Crewhson 815 Stimmen.

Vereinigte Staaten.

Fortsetzung des Hafenarbeiterstreiks.

Aus New York wird gemeldet: Der Verband der Hafenarbeiter hat beschlossen, den Streik fortzusetzen. Mit Ausnahme der Kais im Hafen von Brooklyn ruht die Arbeit überall völlig.

Vor einem Kohlenarbeiterstreik.

Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet, daß die Besuche des amerikanischen Arbeitersekretärs Wilson, einen Vergleich zwischen den Kohlenbergwerksbesitzern und den Kohlenarbeitern herbeizuführen, gescheitert sind. Nach einer Meldung der „Times“ wollen die Bergwerksbesitzer mit den Arbeitern nicht verhandeln, bevor diese ihren Streikbeschuß zurücknehmen und sich an das bisherige Abkommen halten, bis ein neues abgeschlossen ist. Die Bergwerksbesitzer verlangen außerdem, daß der achtstündige Arbeitstag und die sechstägige Arbeitswoche aufrechterhalten bleiben. Die Arbeiter verlangen statt dessen den sechsstündigen Arbeitstag und die fünfjährige Arbeitswoche, dazu noch eine Lohnerhöhung von 60 v. H.

Ein Streik der Arbeiter in den Kohlenbergwerken würde nicht allein bedeuten, daß Europa keine Kohlen aus Amerika erhält, sondern auch eine Einschränkung des Kohlenverbrauchs in Amerika selbst zur Folge haben. Von dem Zumeist an 80 Millionen Tonnen Kohlen, die die Kohlenversorgung der Welt im kommenden Winter erleidet, kann Amerika höchstens 20 Millionen auf seine Rechnung nehmen.

Volkstümliches Konzert. Das Programm für das 3. volkstümliche Konzert des Vereins der Musikfreunde...

Die Fuchsbege. Die „Sta“ verbreitet folgende Erklärung der drei unterzeichneten Künstler zu den gegen den Karlsruher Theaterintendanten Fuchs erhobenen Angriffen...

Konzentration im Heizegewerbe. Unter der Firma „Beitz deutsche Heizeentrale“ Gesellschaft mit beschränkter Haftung...

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.

Inferate finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des wertvollen Volkes weite Verbreitung...

Stadthallen-Lichtspiele

Lübeck Mühlenbrücke 13

Heute und folgende Tage:

Die Lumpenprinzessin.

Die reizende Geschichte eines widerspenstigen Komteschens, mit Gunar Tolnaes und Clara Wieth. 5 Akte.

Der Schandfleck.

Nach dem Roman von Ludwig Anzengruber. In der Hauptrolle die Wiener Schauspielerin Liane Haid. 5 Akte.

Die Musik wird vom großen Orchester unter der Leitung des Herrn Franz Gödel ausgeführt.

Am Mittwoch, dem 22. Oktober 1919, vorm. von 8-10 Uhr, werden im Konsumverein Eier abgegeben...

Der Stadtmagistrat Bad Schwartau. (Ernährungsbehörde.) J. A. Francke.

Sämtliche Bäder der Provinz Lübeck dürfen jetzt keines Weizenbrotes aus Mehl 80 Prozent Ausmahlung herstellen.

Die Krankenbrotsarten konnten daher in Weisfall, jedoch gelten die bereits ausgegebenen Krankenbrotsarten bis zum Ablauf der örtlichen Brotferien.

Der Stadtmagistrat Bad Schwartau. (Ernährungsamt.) J. A. Francke.

Sonntag nachmittags 2 Uhr starb nach langem, schwerem Leiden unser lieber guter Vater, Schwiegervater und Großvater, der Restaurateur Carl Casten...

in seinem 72. Lebensjahre, bestattet von seinen Kindern und Enkelkindern. Lübeck, den 19. Oktober 1919.

Zu unserm größten Bedauern ist es uns unmöglich, jedem einzelnen für die liebevolle Teilnahme anlässlich des Hinscheidens meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, unsern Dank auszusprechen...

Frau Justus Meyer und Kinder.

Willy Schädel Paula Schädel geb. Dübberth Vermählte. Lübeck, d. 19. Okt. 1919.

Gut erb. Schloßford und Klappbootwagen zu verp. 8933 Stoltingstr. 44, Stb.

Verloren eine sehr gold. Schmeckendbröckchen von Unterstadt 100 bis zum Schmiedeweg. Geg. Fel. Hagemann. H. Hagemann. 8947

Nach kurzer schwerer Krankheit entschlief heute früh unsere liebe Tochter, Schwester und Schwägerin, meine gute Mutter Magdalene Hintze...

J. Hintze u. Familie. Lübeck, 19. Okt. 1919. Die Trauerfeier findet am Donnerstag, dem 23. Oktober, vormittags 10 Uhr 30 Min. in der Kapelle des Bornwerker Friedhofes statt.

Wegen Ueberfüllung des Lübecker Güterbahnhofes muß vorübergehend ein Teil der dort zu entladenden Güterwagen nach dem Gleis an der Bahnhofsinsel zur Entladung gestellt werden.

Die Empfänger werden gebeten, die Abnahme der rechtzeitig zu bewirken. Die Direktion der Lübeck-Süder. Eisen-Gesellschaft.

Der dritte Teilertrag der Grundsteuer für 1919-20 ist für die Grundstücke in den Vorstädten St. Jürgen und St. Gertrud sowie in Travemünde, Schlatus und den übrigen eingemeindeten Gebieten in der Zeit vom 11. bis 21. Oktober d. J. bei Vermeidung des Zuschlags der gesetzlichen Gebühr zu entrichten.

Die Ausführung der Erd- und Maurerarbeiten für die Vertheilung von 98 Kleinwohnungen an der Ziegenstraße hinter der Haushaltungsschule soll im Wege der öffentlichen Verdingung vergeben werden.

Angebote sind bis zu dem am Sonntag, dem 1. November 1919, mittags 12 Uhr im Bauamt, Mühlendamm 10, stattfindenden Termin in verschlossenem, mit entsprechender Aufschrift versehenen Umschlag an das Bauamt einzureichen.

Mietungsbedingungen u. Bedingungen liegen im Bauamt zur Einsicht aus, auch können sie gegen Erstattung der Schreibgebühren von dort bezogen werden.

Zuschlagsfrist 3 Wochen. Lübeck, den 20. Oktober 1919. Das Bauamt. Abt. Hochbau.

Der öffentliche Verdingung.

Die Ausführung der Erd- und Maurerarbeiten für die Vertheilung von 98 Kleinwohnungen an der Ziegenstraße hinter der Haushaltungsschule soll im Wege der öffentlichen Verdingung vergeben werden.

Nur im Biophon

Nur Erstaufführung! Gr. Sittendrama in 5 Akten. Sündiges Blut. Ein Liebespiel vom Leben und vom Tode in 5 Akten.

Arno Stark's Kraft. Drama in 5 Akten. Paul Ränzer, Lina Salten, Marga Frey.

So'n kleiner Schwerenöter. Lustspiel. Ernst Sondermann, Herta Volgt.

Öffentlicher Vortrag

Das Schicksal der Völker im Lichte der Bibel. Mittwoch, den 22. Oktober, abends 8 Uhr.

Kolosseum

Jeden Mittwoch: Gr. Ball. Anfang 6 Uhr. Heinr. Ohde.

Bauverein „Aus eigener Kraft“

Lübeck 1919. BALL am Sonnabend, d. 25. Okt. im Gesellschaftshaus Marii.

Louisenlust

Jeden Mittwoch: Grosses Tanzkränzchen. Beginn 6 Uhr. Aegidius Maka.

Der Neue-Welt-Kalender

für 1920 zu beziehen durch Friedr. Meyer & Co., Buchhandlung. Johannisstraße 46.

Der Theater-Verein

„Freiheit“. Großer Theater-Abend am Freitag, d. 24. Okt., im Konzerthaus Flora.

Die Bertassung des Deutschen Reiches

vom 11. August 1919. Textausgabe mit Sachregister. Preis Mf. 1.10.

Dr. Rudolphy

von der Reise zurück. Sonnabends nachmittags keine Sprechstunde. 8936

Die neuen Postgebühren (zünftig ab 1. Oktober 1919) Preis 25 Pfg.

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.

Hilgers Handbuch

der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung 1919

enthält Lebenslauf u. Bilder der Mitglieder der Nationalversammlung. 2.50 Mk.

Buchh. Fr. Meyer & Co.

Theater-Verein

„Freiheit“. Großer Theater-Abend am Freitag, d. 24. Okt., im Konzerthaus Flora.

1. Drei Frauen auf einmal. 2. Herrenrecht. 3. De Schoolinspekt-schon.

Stadtheater Lübeck

Dienstag, den 21. Oktober: Anfang 7 Uhr. 6. Vorstellung im Dienst-Ab.

Hänsel u. Gretel. Hierauf: Bastien und Bastienne.

Mittwoch, den 22. Oktober: 6. Vorstellung i. Mittw.-Ab. Der Biberpelz.

Donnerstag, d. 23. Oktbr., 1. Vorstellung im Faustzyklus. Jedermann.

Freitag, den 24. Oktober: 6. Vorstellung im Freit.-Ab. Der Evangelmann.

Lubeca

Photo-Atelier Breite Straße 13. Die Bertassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919.

Textausgabe mit Sachregister. Preis Mf. 1.10. Buchhandlung Fr. Meyer & Co.

Hansa-Theater

Dienstag: 8927 Eva, das Fabrikmädel. Mittwoch, Punkt 7: Die Faschingstee.

Donnerstag: Einmaliges Gastspiel der Hamburger Kammerspiele. O. Büchse der Pandora.

Sittentragedie von Frank Wedekind. Mit Mirjam Horwitz, Erich Ziegel usw.

Stadttheater Lübeck

(8946) Dienstag, den 21. Oktober: Anfang 7 Uhr. 6. Vorstellung im Dienst-Ab.

Hänsel u. Gretel. Hierauf: Bastien und Bastienne.

Mittwoch, den 22. Oktober: 6. Vorstellung i. Mittw.-Ab. Der Biberpelz.

Donnerstag, d. 23. Oktbr., 1. Vorstellung im Faustzyklus. Jedermann.

Freitag, den 24. Oktober: 6. Vorstellung im Freit.-Ab. Der Evangelmann.

Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft.

Der 14. Ausschuss der Nationalversammlung hat die erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes betr. die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft beendet.

Als neuer § 1 ist in den Gesetzesentwurf eine Bestimmung aufgenommen worden, wonach das Reichsgebiet spätestens 1. Oktober 1921 zum Zwecke der Verwertung und Verwaltung der elektrischen Arbeit in Bezirke einzuteilen ist, die sich nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten gliedern. Für diese Bezirke sind unter Führung des Reichs Körperschaften oder Gesellschaften zu bilden, in denen alle der Erzeugung, Fortleitung und Verteilung dienenden Anlagen zusammenzuschließen sind. Das Nähere bestimmt ein bis zum 1. April 1921 einzubringendes Gesetz.

Der bisherige § 1 des Regierungsentwurfs wird als § 2 beibehalten. Danach erhält das Reich die Befugnis, Höchstspannungsleitungen mit einer Leistung von 50.000 Volt und mehr, private Elektrizitätswerke von 5.000 Kilowatt und mehr zu übernehmen.

Die Entschädigung wird, wie dies der Regierungsentwurf auch vorsieht, in den Gestehungskosten unter Berücksichtigung der eingetretenen Wertverminderung bestehen. Der Ausschuss hat aber eine Bestimmung hinzugefügt, wonach Unternehmen, denen das Reich die Anlage zur Erzeugung elektrischer Arbeit ganz oder teilweise entzogen hat, sofern sie sich mit der Verteilung elektrischer Arbeit befassen, vom Reich elektrischer Strom in dem Umfang und zu dem Preise zu liefern ist, zu denen sie das jetzt mit den überlassenen Anlagen hätten herstellen können.

Endlich hat der Ausschuss eine Schutzbestimmung für Arbeiter und Angestellte beschlossen. Danach sollen die mehr als ein Jahr bei einer auf Grund dieses Gesetzes durch das Reich übernommenen oder auf sein Verlangen gemäß § 7 des Gesetzes in eine Gesellschaft eingebrachten Anlage beschäftigt gewesenen Arbeiter und Angestellten, die nachgewiesenermaßen infolge dieses Gesetzes innerhalb der nächsten zwei Jahre nach seinem Inkrafttreten entweder vorübergehend oder dauernd arbeitslos werden, ohne anderweit entsprechende Beschäftigung zu finden oder wegen durch dieses Gesetz notwendig gewordenen Berufswechsels oder Einschränkung des Betriebes geschädigt werden, Unterstützungen bis zu einem Jahre aus der Reichskasse erhalten. Ferner sollen den zur Herabsetzung bei Angelegenheiten der Reichselektrizitätswirtschaft von der Reichsregierung zu errichtenden Beiräten neben Vertretern des Reichstages und des Reichsrates auch Vertreter der Arbeiter und Angestellten angehören.

mich verpflichtet, die Friedenskonferenz zu verlassen, weil ich glaubte, daß die Zustände in der Heimat Aufmerksamkeit verlangten. Meine Kollegen und ich schufen im Februar diese Organisation, die eine völlig zivile Einrichtung darstellt und gut arbeitet. Ich spreche der Hilfsorganisation hierfür meinen Dank aus, aber ich muß hervorheben, daß es sich nicht um eine Organisation handelt, die etwa in dem Augenblicke aufhört, wo die vollständige Demobilisation eintritt.

Woraus folgt, daß in England die Technische Rothilfe nicht nur eine bewährte Einrichtung ist, sondern auch eine ständige Einrichtung bleiben wird.

14. Generalversammlung der Metallarbeiter.

Kr. Stuttgart, 16. Oktober.
Vierter Verhandlungstag.
Sente wurde in öffentlicher Sitzung zunächst der Schlussbericht der Mandatsprüfungskommission entgegengenommen. Es lag ein Antrag vor, die Mandate von Brandes und Springer (Magdeburg) für ungültig zu bezeichnen. Wie im Dresdener Falle, hatte der Vorstand in Magdeburg zwei Mandate wegen Wahlbeeinflussung für ungültig und die an nächster Stelle stehenden Kandidaten als gewählt erklärt. Im Gegensatz zu Dresden handelte es sich bei letzteren um Mitglieder der Opposition. Der Vorstand hatte also gegen die derzeitige Minderheit entschieden. Die Generalversammlung ging über den Antrag auf Ungültigkeit der Mandate von Brandes und Springer nach langer Debatte zur Tagesordnung über. Sie entschied damit im Gegensatz zum Dresdener Fall. Alle Mandate, mit Ausnahme der Dresdener, wurden für gültig erklärt.

Dann erfolgte endlich die Konstituierung der Generalversammlung. Als Vorsitzende wurden bestimmt Reichel (Stuttgart), Brandes (Magdeburg) und Richard Müller (Berlin), denen 3 Schriftführer (2 und 3) zur Seite stehen. Es wurden dann verschiedene Kommissionen eingesetzt, wobei die Fraktion Dittmann 4, die Fraktion Haas 3 Sitze erhielt.

Die Tagesordnung wurde nach langen Auseinandersetzungen wie folgt festgestellt: 1. Bericht des Vorstandes und Ausschusses; a. Allgemeine Tätigkeit (Referent Reichel, zwei Korreferenten, von jeder Fraktion einer), b. Arbeitsgemeinschaften und die künftigen Aufgaben unserer Organisation (Referent Zernicke, Korreferent Richard Müller); 2. Beratung des Verbandsstatuts; 3. Erledigung sonstiger Verbandsangelegenheiten. Den allgemeinen Teil des

Technische Rothilfe in England.

Am 7. Oktober 1919 wurde der Feldmarschall und frühere Oberbefehlshaber in Ägypten und Palästina, Viscount Allenby, nach seiner Rückkehr aus dem Orient feierlich in der Londoner Guildhall empfangen. Bei dieser Gelegenheit hielt Lord George eine längere Rede. Er kam auf die Streikbewegung und insbesondere auf den jüngsten Eisenbahnstreik zu sprechen. Lord George sagte: „Der Streik hat ein für allemal bewiesen, daß England in der Tat ein demokratisches Land ist. Die öffentliche Meinung regiert. Freudig ergreife ich die erste Gelegenheit, nach Beendigung des Streites um all den Freiwilligen zu danken, welche ihrem Vaterlande zu Hilfe kamen. Zu Tausenden und Abertausenden kamen sie, sogar Leute, die gar keine Erfahrung im Eisenbahndienst hatten. Aber ich habe über diese Organisation etwas zu sagen, weil ich ein Mißverständnis darüber aufklären muß. Es geht im allgemeinen, daß es sich um eine reine Kriegszugorganisation handelt, die wir zu diesem Zwecke benutzten, und es wurde in gewissen Kreisen besorgt, daß wir nach Beendigung der Demobilisation keine gleichartige Organisation bei Wiederholung derartiger Fälle zur Verfügung hätten. Hierzu will ich Ihnen vertraulich sagen, daß ich im Februar zu der Überzeugung kam, daß eine derartige Organisation kommen müßte. Ich fühlte

Es wird der Vorwurf gegen uns erhoben, wir wollten durch die Arbeitsgemeinschaften den alten Kapitalismus wieder aufrichten. Ich muß diesen schweren Vorwurf entschieden zurückweisen. Die Heberführung lebenswichtiger Industriezweige in gemeinschaftliches Eigentum hatten wir für unbedingt erforderlich. Wir können darum den Vorwurf nicht gelten lassen, daß wir den Kapitalismus stützen und wieder einführen wollten. Gestützt wird der Kapitalismus, wenn wir unerfüllbare Forderungen aufstellen und damit die Grundlage unserer Volkswirtschaft zerkümmern. In der Sozialisierungsfrage müssen wir uns mehr als je vor Experimenten hüten. Wir müssen uns fragen, sind die Voraussetzungen für die Sozialisierung gegeben? Wo dies der Fall ist, treten wir mit aller Entschiedenheit für die Sozialisierung ein. — Die Aufrechterhaltung der Geschlossenheit unserer Organisation ist unsere wichtigste Aufgabe. Wir müssen uns bemühen, gegenseitig Verständnis wachen zu lassen. (Zuruf mit Mosel.) Die Welt braucht nicht Haß und Zwietracht, sondern Verbrüderung! Es muß aufhören, daß Kollegen, die gemeinschaftlich ihre volle Pflicht getan haben, abgesetzt werden, weil sie eine andere politische Anschauung haben. Es ist vorgekommen, daß Kollegen zu Geschäftsführern bestimmt worden sind, die erst wenige Wochen der Organisation angehören. (Hört, hört!) Wir haben keinen Mangel an Kräften, sondern einen Mangel; wir müssen uns bemühen, zusammenzuarbeiten.

Reichel ging dann auf die Produktionssteigerung ein. Diese sei notwendig; sonst könne man nicht zurechtkommen. Die Arbeitspflicht wollen wir nicht für den Kapitalismus, sondern für die Gemeinamkeit der Staatsbürger. Die Forderung des Arbeitswillens ist nicht nur eine Pflicht gegen uns selbst, sondern auch eine Pflicht gegen die Allgemeinheit. Kommen wir nicht zu einer größeren Wirtschaftlichkeit der Arbeit, ist die Durchführung des Sozialismus um so schwieriger. Wir müssen den Blick auf Ganze richten! Zum Schluss seiner Ausführungen wandte sich Reichel gegen die beantragten Mißtrauensvoten gegen den Vorstand. Er warnte dringend davor, den Weg weiter zu gehen, den einzelne Verwaltungsstellen beschritten haben. Wir wollen alles tun, um die wirtschaftliche Lage unserer Arbeiterklasse zu verbessern, und müssen Arbeitseinstellungen, wenn irgend möglich, vermeiden. Tragen wir unsere Differenzen sachlich und verständlich aus, dann werden wir nicht nur für unsere Kollegen, sondern für das ganze Volk und darüber hinaus für die internationale Arbeiterklasse wirken. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit.)

Die Generalversammlung nahm dann den Bericht der in geheimer Sitzung wegen des

Berliner Streiks

eingesetzten Reaktionskommission entgegen. Die Kommission hat sich auf eine längere Entscheidung geeinigt, die besagt: „Die 14. Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes spricht allen zurzeit im Kampfe stehenden Kollegen ihre Sympathie aus und versichert, ihrerseits alles zu tun, um diese Kämpfe zu einem erfolgreichen Ende zu führen. Die Generalversammlung erblickt in den der Arbeiterklasse aufgezwungenen Kämpfen den planmäßigen Versuch, die Arbeiterklasse zu willenlosen Ausbeutungsobjekten zu machen und die Organisation der Arbeiter zu zerkümmern. Diese Absichten zu verhindern, ist die Generalversammlung fest entschlossen.“

Die Generalversammlung erhebt auch den stärksten Protest gegen alle von Organen der Regierung oder sonstigen Behörden erlassenen Maßnahmen, die geeignet sind, die gesetzlich gewährtesten Rechte und Freiheiten des Volkes zu beschränken und den Absichten der Unternehmer gegen die Arbeiter Vorstoß zu leisten. Insbesondere verurteilt die Generalversammlung das Verbot und die gewalttätige Sprengung von Berliner Gewerkschaftsversammlungen sowie die Verhinderung der Herausgabe der Publikationsorgane der Berliner Metallarbeiter.

Als nächste Maßnahme wird die Generalversammlung unter entsprechender Erhöhung der Beiträge die Streikunterstützung erneut festsetzen. Des weiteren wird die Generalversammlung alles versuchen, der geschlossenen Front der Unternehmer die geschlossene Front der Metallarbeiter entgegenzustellen, und richtet deshalb an alle Metallarbeiter das Ersuchen, sich reiflich dem Deutschen Metallarbeiterverband anzuschließen.

Die Generalversammlung fordert alle im Kampfe stehenden Kollegen auf, geschlossen auszuhalten, bis alle reaktionären Pläne der Unternehmer abgeklärt sind.“

Vorsitzer (Stuttgart) macht gegen einen Satz der Resolution Einwendungen. Sie wird jedoch unverändert einstimmig angenommen, was die Generalversammlung mit Beifall aufnimmt.

Ingenieur Horstmann.

Roman von Wilhelm Hegeler.

16. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Eine Stunde später saßen sie im Zuge. Anna betrachtete gedankt und schon ihren Mann, der, ohne daß eine Muskel in seinem fast gewordenen Gesicht sich bewegte, aufrecht dasah und auf einen Punkt starrte.

Sie beziffert nicht, wieso sich dieser Anfall in ihm vorbereitet hatte, und fragte sich voller Schrecken, was geschehen würde, wenn seine Hut sich einmal gegen sie richtete. Sie wuschelten kein Wort miteinander. Erst als sie, in Boreidighera angekommen, abends allein in ihrem Zimmer waren, fragte sie furchtlich: „Was war denn eigentlich?“

„Da brach er förmlich vor ihr zusammen und wühlte föhnend seinen Kopf in ihren Schoß.“

„Was hatte er nur, Gustav? Sag doch!“

„Ich ... ich kam schon aufgeregt nach Hause. In der Zeitung las ich einen Artikel gegen mich, bodenlose, gemeine Lügen, gegen die ich mich nicht wehren kann.“

„Was denn für Lügen?“

„Neben eine Strecke, die ich gebaut habe, wobei ich betrogen haben soll. Und das geht aus von Leuten, die ich groß gemacht habe, die mir alles verdanken. Aus Neid suchen sie mich fest zu fügen, diese Hallunken.“

„Aber wer glaubt denn davon ein Wort? Du und betrügen! Hättest du mir nur was gesagt, ich hätte dich beruhigt. Deshalb brauchtest du doch den unglücklichen Kellerer nicht so anzufallen.“

„Ich glaubte in ersten Augenblick, du wolltest ihn tadeln.“

„Sie strich ihm über das Haar, fuhr ihm über das Gesicht, ihn förmlich magnetisierend mit ihren kühlen Händen.“

„Leibest du denn öfter an solchen Mißfällen?“

„Manchmal! Früher öfter, aber jetzt bin ich ruhiger geworden.“

„Du mußt dir das ganz abgewöhnen. Sonst richtest du noch mal ein schreckliches Unglück an.“

„Wenn ich das könnte! Das ist ein Erbteil von meinem Vater. Der ist deswegen im Zuchthaus gestorben, weil er einen Menschen im Streit erstochen hat.“

Anna fuhr zurück.

„Dein Vater ist im Zuchthaus gestorben?“

„Er nicht.“

„Ich erzähl dir das, damit es dir eines Tages nicht gute Freunde erzählen ... Kannst du mich denn noch lieb haben?“

„Was hat das mit meiner Liebe zu tun?“ antwortete sie mechanisch. „Aber das alles ist ja entsetzlich.“

„Ich muß das hinnehmen. Die Tatsache, daß mein Vater ein solches Ende gefunden hat, und auch, daß er mir seinen Jahrgang hinterlassen. Und ich glaube, mein Zorn ist noch viel schlimmer als der seine. Ich komme ganz von Sinnen und weiß nicht mehr, was ich tue. Vielleicht wird das noch einmal mein Unglück.“

Sie hatte sich vor ihm in die Ecke des Sofas verkrochen und starrte ihn furchtlich an.

„Du mußt dir das abgewöhnen, Gustav, sonst fürchte ich mich vor dir.“

„Ich kanns nicht. Ich kann mich nicht anders machen, als ich bin. Und schill mir nicht auf meinen Zorn! Der ist meine ganze Kraft. Aus mir wäre nichts geworden, hätte ich den nicht gehabt. Ich fründe jetzt noch und schaufelte Erde und wäre ein Träumer geblieben. Aber die Hut hat mich höher gebracht. Wenn ich vor Müdigkeit zusammenbrach, dann brauchte ich nur in Hut geraten, und war wie neu geboren. Meine Kräfte hatten sich verzehnfacht. Ich hab all die Hindernisse nur überwinden können, indem ich mich drauf losstürzte wie ein wildes Tier. Ich bin nun mal so ein Berberker. Und ebenso wie mich der Zorn blind macht, ebenso gibt er mir auch meinen Verstand. So, wenn ich ruhig bin, bin ich ein Klotz ohne Leben, ohne Gedanken, aber wenn es vor meinen Augen flimmert und wenn mir der Kopf raucht, dann schlägt er auch erst Funken. Dann habe ich Einfälle. Dann bin ich erst der Kerkel, der das alles machen kann, was er gemacht hat.“

„Er blieb stehen und leuchtete.“

„Der Mensch ist ein seltsames Tier. Was sein schlimmstes ist, ist auch sein bestes. Kannst du das verstehen?“

„Er setzte sich zu ihr aufs Sofa, ergriff ihre Hände und küßte damit seine Stirn.“

„Ich hab einen solchen Menschen noch nie getroffen.“ sagte sie.

„Kannst du mich denn noch lieb haben, wenn du das von mir weißt?“

Sie sah ihn schon von der Seite an, noch immer furchtlich in sich zusammengezogen, die Beine hatte sie bis unter das Kinn gezogen, das Kleid fiel lang darüber hin, so gleich sie einem furchtlichen kleinen Rinde.

„Gewiß, ich liebe dich noch ... nicht ein bißchen weniger ... du tanst ja nichts dafür, wenn du so bist ... aber ...“

„Was ... aber?“

Sie ergriff seine Hand, diese breite mächtige Arbeiterhand, die die Hade geschwungen hatte, und fuhr nervös mit ihren kleinen Handchen darüber hin.

„Wenn du nun ... es könnte ja doch möglich sein ... wenn du auf mich mal zornig wüdest?“

„Fürchtest du mich?“

„Ja, ich ... ich fürchte mich.“ stammelte sie.

„Er sah sie traurig an, ließ den Kopf sinken und machte sich

klein. In seinem Blick lag die ganze Treuezeitigkeit eines großen joggigen Hundes, und mit seinem Finger sich über das Handgelenk fahrend, wie wenn er dort einen Einschnitt bezeichnen wollte, sagte er:

„Ich würde diese Hand abhacken, wenn sie sich gegen dich vergäße.“

Sie sprachen kein Wort weiter über diesen Gegenstand. Er hatte ihren Kopf an seine Schulter gelegt, und während sie seinen Atemspitzen lauschte, blühte sie durch das Fenster. Draußen war die Nacht in bläuliches Licht getaucht. Keine Musik klang aus der Ferne, und dazwischen rollte gedämpft die Brandung des Meeres. Sie fühlte, wie der Mund des Mannes leise über die Spitzen ihres Haares hinfuhr, und ein warmer Tropfen neigte manchmal ihre Haut. Er weinte. Das tat ihr wohl. Sie verhielt sich ganz still und ließ die heißen Tränen in ihr Haar rinnen. Dann drehte sie sich ganz leicht um und legte ihre Lippen auf die seinen. Sie sprachen kein Wort. Aber noch nie seit ihrer Hochzeit hatten sie so innige Küsse ausgetauscht, noch nie war sie so hingebend gewesen, und er so weich, seine stürmische Gewalt ganz einfühlend in Zartheit und Sanftigkeit.

Aber als sie später noch wachend dalag, lehrten ihre Gedanken zu dem zurück, was er ihr vorher gesagt hatte. Sein Vater hatte einen Menschen umgebracht und war im Zuchthaus gestorben! Es war nicht ein grauenvolles Erbrechen, wie sie es zuerst gehabt hatte, es war ein fast angenehmes, wollüstiges Grinsen. Der Vater ihres Mannes, des Mannes, der da an ihrer Seite lag, dem sie so feierlich in der Kirche angetraut worden war, ein Rörder. Daß so etwas passieren konnte! Daß es das gab! ... Sie küßte sich noch tiefer in ihre Decken ein, und wand sich unter den kühnen Schauern, die sie durzdrieselten. Aber dann fragte sie sich auch, daß die Enthüllung dieser Tatsache einen furchtbaren Skandal in Düsseldorf hervorrufen würde, und daß sie vor allem geheim gehalten werden müßte. Kein Mensch durfte davon erfahren.

Sie hätte die Geschichte schon halb vergessen, wenigstens bezeugte sich ihre Gedanken nicht mehr damit, als ihr ein paar Tage später ihr Mann beim Frühstück ein Zeitungsbillet zeigte, worin der Vorkauf mit dem Kellerer auf eine sensationelle und entsetzte Weise wiedergegeben war. Nach dem Bericht des Reporters mußte Horstmann ein Zirkunisten sein, der sich von einem plötzlichen Lustschuss erschäßt, ohne jeden Grund auf den wehrlosen Kellerer gestürzt hatte und ihn umgebracht hätte, wenn nicht andere Hotelangehörige zur Hilfe geeilt wären. Die Notiz schloß mit der Bemerkung: „Wohin der unheimliche Gast, der man leider unbefähigt entweichen ließ, seine Schritte gelenkt haben, wissen wir nicht und wollen nur hoffen, daß er in anderen Hotels nicht etwa ähnliche Skandalgeschichten aufführt.“

Fortsetzung folgt

